

Der Bürgermeister verweist auf die Erörterung im Ältestenrat.

Herr Strausfeld nimmt für die CDU-Fraktion Stellung. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich die Initiative des Landes, das kommunale Ehrenamt zu stärken. Gleichwohl müsse man einen Blick auf die Haushaltssituation (HSK) richten. Am Beispiel der Sportstättenbenutzungsgebühr macht er deutlich, dass man auch den Bürgerinnen und Bürgern einiges abverlange. Die Zahlung der zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitze würde über den Zeitraum der verbleibenden Wahlperiode den Haushalt mit ca. 90.000 Euro belasten. Aus diesen Gründen sei seine Fraktion der Meinung, dem Beschlussvorschlag 2 zu folgen, und für alle Ausschüsse auf die zusätzliche Aufwandsentschädigung zu verzichten.

Frau Zorlu schließt sich der Argumentation an. Auch ihre Fraktion begrüße, dass das Land das kommunale Ehrenamt stärken wolle. Aber aus genannten Gründen solle man auf die Auszahlung der erhöhten Aufwandsentschädigung verzichten.

Herr Scholz begrüßt, dass man in der Sache mit einer Sprache spreche.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen mehr ergeben, erkennt der Bürgermeister auch bei den übrigen Fraktionsvertretern Zustimmung und lässt über den Beschlussvorschlag 2 abstimmen.